



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 27. März 1889.

Nr. 145.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

42. Plenarsitzung vom 26. März.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Ohne wesentliche Debatte wird die Sekundärbahn-Vorlage in dritter Lesung definitiv angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesehentwurfs betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neun älteren Provinzen der Monarchie.

Abg. Melbed (natlib.) macht auf den Widerspruch aufmerksam zwischen der Vorlage und dem von der Generalsynode ausgearbeiteten Entwurf, welcher Rheinland und Westfalen völlig ausschloß. Er beantragte Ueberweisung des Gesetzes an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Korsch (kons.) hat keinerlei Bedenken gegen die Vorlage und würde am liebsten überhaupt von kommissarischer Berathung absehen, event. beantragt er, da es sich um eine Finanzfrage handelt, Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Brühl schließt sich dieser Auffassung an.

Abg. v. Benda ist ebenfalls für die Budgetkommission.

Auf eine Anfrage Brühl's erklärt Minister v. Gossler, daß für die anderen Provinzen ein analoges Gesetz in Aussicht genommen sei und deshalb Unterhandlungen mit den Provinzial-Konferenzen eingeleitet seien.

Die Vorlage wird darauf der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung der Relikten-novelle für die Elementarlehrer.

Artikel 1 bestimmt nach der Regierungsvorlage, daß die bisher von den Lehrern an öffentlichen Volksschulen an die durch Gesetz von 1869 resp. 1881 errichteten Wittwen- und Waisenkassen vom 1. April 1889 zu zahlenden Beiträge, Antritts- und Gehaltsverbesserungsgelder nicht erhoben werden sollen.

Die Kommission schlägt vor, für „Volksschulen“ zu setzen „Schulen“.

Abg. Melbed (natlib.): Ich möchte gegen den Entwurf im Ganzen keine Bedenken erheben. Nur der in Aussicht genommene Modus für die Gewährung von Zuschüssen scheint mir unklar. Wenn etwa die wohlthätigsten Klassen den weniger gut gestellten auszuweichen sollten, so würde das doch sehr ungerecht sein. Ich hoffe, daß die Regierung befriedigende Erklärungen darüber geben wird. Es sind ja schließlich auch andere Fonds da, aus denen die Zuschüsse geleistet werden könnten.

Geheimrath Gernier: Es wird der jetzt bestehende Modus beibehalten werden, daß die begüterten Klassen, denen Zuschüsse aus besonderen Fonds zufließen, dieselben beibehalten; die Fehlbeträge anderer Klassen werden aus den Staatszuschüssen gedeckt werden.

Abg. Krah (freil.): Meine Freunde wünschen lebhaft das Zustandekommen der Vorlage, die eine natürliche Weiterführung des Gesetzes von 1885 bildet. Eine Abmilderung der jetzigen Bestimmungen über die 10jährige Karenzzeit wäre zu wünschen und vielleicht dadurch herbeizuführen, daß die Bestimmung außer Kraft träte, wenn der Tod durch im Dienst entstandene Krankheit herbeigeführt ist. Die Minimalpension scheint mir etwas gering bemessen. Eine Erhöhung wäre vielleicht herbeizuführen durch Herabsetzung der Maximalpension oder durch entsprechende Beiträge, die nicht sehr lästig empfunden werden würden. Indes will ich mich in diesem Punkte weiterer entsprechender Anträge enthalten.

Abg. Dr. Langerhans (freil.): Nach den Aeußerungen der Regierungen im vorigen Jahre hätte ich geglaubt, daß uns ein Entwurf vorgelegt werden würde, der mir mehr genügen würde. Das Gesetz soll nicht dazu dienen, die Klassen solventer zu machen oder die Gemeinden zu unterstützen, sondern dazu, den Lehrern die Reliktenbeiträge zu erlassen; so halte ich es für ungerechtfertigt, wenn die Lehrer einzelner Bezirke von den Wohlthaten des Gesetzes ausgeschlossen werden.

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (kons.): Die Ausschließung der Städte war durchaus gerechtfertigt; denn das Prinzip ist doch, daß die Gemeinden die Leistungen zu tragen haben, und wo sie so hohe Gehälter zahlen, können sie auch die anderen Beiträge übernehmen. Ich kann Sie nur bitten, das Gesetz in der vorliegenden Form anzunehmen.

Abg. Dr. Brühl: Ich theile durchaus die Anschauung des Abg. Langerhans, daß die Natur des Gesetzes keine subside ist, sondern es sich lediglich um den Erlaß der Lehrbeiträge handelt. Dementsprechend würde der Ausschuß gewisser Städte auch nicht in den Rahmen des Gesetzes passen.

Geheimrath Gernier: Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die leistungsfähigen Städte auch hier keine Staatszuschüsse für die Lehrer zu erhalten haben.

Damit schließt die Diskussion.

Artikel 1 wird nach den Kommissionsvorschlägen angenommen, ebenso die übrigen Artikel des Gesetzes.

Zu der Vorlage beantragt die Kommission, die Regierung in einer Resolution aufzufordern, in der nächsten Session einen Gesehentwurf vorzulegen, durch welchen die Pensionsverhältnisse der Relikten der Elementarlehrer in Analogie der Verhältnisse der unmittelbaren Staatsbeamten neu geregelt werden, jedoch mit der Maßgabe,

daß das wohlverworbene Recht auf die jetzt bestehende Minimalpension — 250 Mark — sowie die Zugehörigkeit zu besonderen Unterstützungsleistungen gewahrt, daß hierbei eine Neubelastung der Gemeinden möglichst vermieden und daß später den Klassen beitretenden Lehrern durch eigene angemessene Beihilfungen der Fortbezug einer höheren Minimalpension ermöglicht wird.

Abg. Seyffarth (natl.): Die Kommission hat die Frage, ob für die Wittwen und Waisen der Lehrer genügend gesorgt sei, verneinend beantwortet und deshalb die Resolution eingebracht. Die Lehrer selbst empfinden dringend das Bedürfnis nach einer Regelung dieser Frage, wie die vielen Petitionen beweisen. Eine solche Regelung würde auch nicht allzu schwer sein, wenn Staat und Gemeinden das, was den jetzt bestehenden Klassen an Mitteln fehlt, durch Zuschüsse deckten, natürlich unter möglicher Schonung der Gemeinden. Ich empfehle Annahme der Resolution.

Graf Clairon d'Haussonville (kons.): Auch meine politischen Freunde stehen auf dem Boden der Resolution unter Betonung des Gesichtspunktes, daß die Lehrer gegenüber den übrigen Staatsbeamten nicht günstiger gestellt werden sollen. Wo Stoff vorhanden ist, ist die Kultusverwaltung ja jetzt schon in der Lage, helfend einzutreten; auf die Dauer wird man sich aber einer gesetzlichen Regelung dieser Verhältnisse nicht entziehen können. Wie weit die einzelnen Vorschläge zu solcher Regelung durchführbar sind, läßt sich ja jetzt noch nicht übersehen. Vor Allem wird darauf zu sehen sein, daß nicht eine neue erhebliche Belastung der Gemeinden dadurch eintritt.

Abg. Krah (freil.): Ich empfehle noch besonders die Frage der Karenzzeit und der Minimalpension dem Wohlwollen der Regierung. Insbesondere ist auch zu wünschen, daß die Waisengelder bis zum 18. Jahre gezahlt werden. Im Uebrigen bitte ich, die Resolution anzunehmen.

Abg. Zaruba (Zentr.) befürwortet gleichfalls die Resolution; die meisten Lehrer seien nicht so gestellt, um für ihre Familien Erparnisse machen zu können.

Abg. Dr. Langerhans (deutschf.): Ich empfehle Ihnen, statt der Resolution der Kommission lieber die von mir in der Kommission schon beantragte Resolution anzunehmen: die Staatsregierung aufzufordern, eine dahin gehende Regelung der Pensionsverhältnisse der Hinterbliebenen der Volksschullehrer herbeizuführen, daß den Halbwaifen und bejahrten Wittwen eine ausreichendere Unterstützung zu Theil wird. Die von der Kommission beantragte Resolution ist viel zu unbestimmt und widersprechend. Die Annahme, daß die Lehrer nach Festsetzung der

Minimalpension noch Vereine für diesen Zweck bilden werden, scheint mir durchaus irrig. Sodann kommt in Betracht, daß, wenn die Regierung 160 statt 250 Mark geben soll — die Gemeinden sollen ja nicht mehr belastet werden — das eine erhebliche Summe ergeben wird, und schon deshalb wird die Regierung kaum darauf eingehen. Selbst wenn sie sich aber Mühe giebt, die Gleichstellung mit den unmittelbaren Staatsbeamten herbeizuführen, wird das doch sehr lange dauern. Helfen Sie den Lehrern lieber bald, wie es durch die erwähnte Resolution geschieht. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Die zu der Vorlage eingegangenen Petitionen werden durch die Beschlussfassung für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Duene betr. Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen.

Schluß 2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. März. Als der Kaiser gestern mit dem Fürsten Bismarck zusammentraf, erzählte ihm derselbe von einem parlamentarischen Diner, welches heute bei ihm stattfinden, und zu dem an 40 Abgeordnete Einladungen ergangen wären. Als der Kaiser sein Interesse für diesen Vorgang bekundete, richtete Fürst Bismarck an den Kaiser die Einladung, an dem Diner theilzunehmen, welcher Einladung der Kaiser gern Folge zu leisten erklärte. Es wird dies der erste Fall sein, daß ein deutscher Kaiser an einem parlamentarischen Diner theilnimmt.

Der Kaiser besuchte heute Vormittag um 10 Uhr die Gewerfabrik der Altiengeseilschaft Ludwig Löwe u. Co. in der Hollmannstraße. Da der Direktor der Gesellschaft, Herr Löwe, abwesend war, führte der technische Betriebsleiter der Fabrik, Oberstleutnant a. D. Kühn, den Kaiser durch die Räume der Fabrik. Der Kaiser bekundete ein hohes Interesse an den Einrichtungen und den Arbeiten; insbesondere ließ er sich einzelne Maschinen und Einrichtungen eingehend erklären bezw. vorführen, wobei die zum Schutze der Arbeiter an den Maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen ebenfalls speziell interessirten.

In Homburg v. d. H. ist jetzt die bestimmte Nachricht eingetroffen, daß die Kaiserin Friedrich von erster Hälfte April ab für zwei Jahre in dortigen königlichen Schloß Wohnung nimmt, um sodann in das bis dahin umgebaute Schloß Friedrichshof überzusiedeln.

Die Antwort des Prinzen Heinrich auf die Glückwunsch-Adresse der Stadt Kiel hatte der „Kieler Zeitung“ zufolge nachstehenden Wortlaut:

Der Magistrat und die Stadtverordneten von Kiel haben uns in warmen Worten freundliche Glückwünsche und die Theilnahme der Bewohner der Stadt an unserm Glück ausgesprochen. Wohl dürfen wir dessen überzeugt sein, daß gerade in dieser Zeit Gedanken treuester Liebe und Anhänglichkeit unserm königlichen Hause zugewandt und mit der Erinnerung an die so tief betraurten Monarchen verknüpft sind, unter deren großväterlichem und väterlichem Segen uns so reiches und schönes Glück erblüht. Daß dieses Glück in den preussischen und deutschen Landen, besonders auch in der uns lieben Stadt Kiel, einen so warmen Widerhall findet, gereicht uns zu hoher Freude. Wir werden es auch niemals vergessen, wie die Häuser der Stadt sich überall festlich schmückten, als die Geschöpfe der deutschen Marine die Geburt unseres Sohnes verkündeten. Wohl sucht und findet unser Kaiser und sein Haus die Heimath in allen preussischen und deutschen Landen. Unser Sohn aber wird mit uns in besonderer Anhänglichkeit der Stadt stets zugehört sein, in deren altem Schlosse seine Wiege gefunden und sein, wills Gott, gesegnetes Leben begonnen hat. In diesem Sinne danken wir dem Magistrat und den Stadtverordneten für die uns dargebrachten Wünsche und erwidern dieselben mit der Versicherung, daß der Wohlfahrt der Stadt Kiel unsere lebhafteste Theilnahme

stets zugewendet ist. Schloß Kiel, 24. März 1889. Heinrich, Prinz von Preußen.

Der neugeborene Sohn des Prinzen Heinrich soll den Namen „Friedrich Karl“ erhalten. Veranlassung hierzu bietet, wie der Münchener „Allg. Ztg.“ geschrieben wird, der Umstand, daß er unter gleichem Datum wie der Generalfeldmarschall Prinz Friedrich Karl das Licht der Welt erblickt hat (der verstorbene Heerführer war am 20. März 1828 geboren), sowie daß seine Wiege in der Provinz Schleswig-Holstein steht, an deren siegreichen Rückgewinn für Deutschland dieser sein vereinigter Großvater vor 25 Jahren in so hervorragender Weise theilhaftig war.

Der frühere württembergische Minister und langjährige Abgeordnete zum deutschen Reichstage Herr v. Barnhiler ist heute in Berlin verstorben.

Wie aus Wismar telegraphisch gemeldet wird, ist der Reichstagsabgeordnete Geheimrath Haupt heute nach längerer Krankheit verstorben. Anton Haupt, erster Bürgermeister der Stadt Wismar, war am 5. Juli 1826 geboren, besuchte das Gymnasium zu Wismar, die Universitäten Heidelberg, Tübingen, Berlin, Moskau zum Studium der Jurisprudenz. Zuerst war er Advokat (1850—53) in Wismar, dann wurde er Mitglied des Magistrats daselbst und seit 1878 erster Bürgermeister. Im Reichstage, in welchem er den 2. mecklenburg-schwerinschen Wahlkreis (Wismar) vertrat, gehörte er der nationalliberalen Partei an.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“ aus Petersburg unter dem 21. März:

Ein eigenthümlicher Vorfall macht hier von sich reden. Als der Zar am 13. März, dem Todestage seines Vaters, die Festungsstrasse betrat, um dort einer Seelenmesse beizuwohnen, kam ihm, wie üblich, der Geistliche entgegen, um ihm das Kreuz zum Russe zu reichen. Ehe er jedoch dem Zaren das Kreuz naheführte, begann er zur Ueberraschung aller eine kurze Rede, in welcher er auf die Bedeutung des Tages hinwies, vom göttlichen Amte des Zaren sprach und schließlich mit den Worten schloß, die zwei größten Feinde des Zaren seien der Hausminister Graf Woronow-Dasshow und der Prokurator des Synods Pobedonozzew. Der Zar übergab vorläufig diesen Vorfall, ließ aber sofort nach der Seelenmesse eine Untersuchung vornehmen. Deren Ergebnis ist, daß der betreffende Geistliche als verrückt erklärt und in ein Irrenhaus gesperrt worden ist. Persönlichkeiten jedoch, die den Geistlichen kennen, versichern, daß er geistig durchaus nicht gestört sei.

Die Züricher Bombenangelegenheit wird hier mit auffallender Gleichgültigkeit behandelt. Doch stellt die Polizei eifrige Nachforschungen nach hiesigen Mithschuldigen an, die jedoch vorläufig noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

Darmstadt, 25. März. Den Landständen ist ein Gesehentwurf betreffend den Erlass des Wildschadens zugegangen. Nach demselben muß der Schaden, welcher durch Wild an den Erzeugnissen von Feldern, Wiesen, Weinbergen und Gärten, sowie an Holzgewächsen angerichtet wird, dem Beschädigten auf Verlangen ersetzt werden. Der von Feldwild, mit Ausnahme der Fasanen, verursachte Schaden wird jedoch nicht vergütet. Niemand soll verbunden sein, sein Grundstück zum Schutz gegen Wildschaden einzufriedigen oder die Erzeugnisse desselben in anderer Weise dagegen zu schützen, doch soll ein Anspruch auf Erhebung von Wildschaden ausgeschlossen sein, wenn derselbe sich ereignet: an Obstbäumen, deren Eigentümer unterlassen hat, die ersten mit den unter gewöhnlichen Umständen ausreichenden Schutzvorrichtungen zu versehen; an Baumschulen, Saat- und Pflanzbeeten zur Anzucht von Holzgewächsen aller Art; auf Grundstücken, welche mit einer Mauer, einem geschlossenem Zaun oder einer vergleichen Hecke umgeben und mit Thüren und Schloß versehen sind. Zum Erlass des Wildschadens soll der zur Ausübung der Jagd Berechtigte verpflichtet sein, es dem Beschädigten jedoch freistehen, den Erlass von dem Inhaber des Jagdrechts zu verlangen. In solchem Falle sei der zur Ausübung der Jagd Berechtigte verpflichtet, dem Inhaber des Jagdrechts vollen Erlass zu leisten.

Metz, 24. März. Vom 1. April ab erhält die alte lothringische Vogesenfestung Bilsch einen eigenen Kommandanten, während nach den seit-herigen Bestimmungen ein solcher erst im Kriegs-falle ernannt worden wäre. Bilsch war bekannt-lich 1870 außer Belfort der einzige von den deutschen Truppen vergeblich belagerte feste Platz. Erst am 24. März 1871 wurde es als der letzte französisch gebliebene Punkt Elsaß-Lothringens den belagernden Bayern übergeben und am 2. April von einem Bataillon des preussischen Infanterie-Regiments Nr. 60 besetzt. Die Bedeutung der zum großen Theil in Felsen eingehauenen Festung liegt darin, daß sie den wichtigen Vogesen-isenbahnübergang Hagenau-Saargemünd sperrt.

U s l a n d.

Paris, 24. März. Antoine hat bei dem Bankett, das ihm am 21. März, Abends, im Grand Hotel gegeben, verabredetermaßen allein das Wort erhalten. Beim Nachtisch hielt er die Rede, welche den Franzosen eine starke Enttäuschung bringen sollte. Antoine hob besonders hervor, daß er eingesehen habe, wie seine Bemühungen in Elsaß-Lothringen eben so erfolglos blieben wie seine Hoffnungen. Er sei nach Frank-reich gekommen, um die Franzosen zu beschwören, von ihren Zwistigkeiten abzulassen, die Republik zu verteidigen und die Freiheit zu wahren, weil dieselbe, indem sie die für das Vaterland tödt-lichen Abenteuer unmöglich mache, zu jeder Hoff-nung berechtige. Das hat schon mancher Mann den Republikanern gesagt, dazu brauchte Antoine nicht nach Frankreich zu kommen. Der „Figaro“ macht sich denn auch bereits über Antoine lustig. „Man sagte uns, Antoine habe seine Idee und seine Mission, und beide von solcher Wichtigkeit, daß er sie nicht der unbestimmten Besse des Re-porters anvertrauen könne. Das Geheimniß Antoines ist jetzt bekannt, es ist . . . die republi-kanische Konzentration. Das Wort selber hat er zwar nicht ausgesprochen, aber seine ganze Rede trift von diesem Dinge, das Frankreich und der Republik schon so viel Unheil gebracht hat. Die guten Bürger versichern ist leicht gesagt, aber das Mittel und der Boden zur Versicherung fehlt.“ „Figaro“ hebt noch besonders hervor, daß Antoine beanspruche, wenn man Patriot sein wolle, man es nach seinem Evangelium und mit den An-sichten sein müsse, denen er, Antoine, den Vor-zug gebe; Antoine fülle etwa einen Platz in der französischen Kammer aus, aber man solle nicht mehr für ihn beanspruchen, denn er werde es nicht erlangen. Das „Journal Officiel“ ver-öffentlicht ein Dekret, welches die Senatswähler des Seine-Departements für den 12. Mai be-ruft. Es handelt sich um Wiederbesetzung des durch den Tod Songnon's erledigten Sitzes.

Der Kammer ist eine Vorlage zugegangen, die für die in Paris wohnhaften Staatsbeamten, deren Gehalt 2400 Franks nicht übersteigt, für die Dauer der Ausstellung eine Gehaltserhöhung um 10 Prozent, für die in Paris wohnhaften Offiziere des Heeres und der Marine vom Kap-tän an bis zum Unterleutnant eine solche von 30 Franks und für die höchsten Staatsbeamten Repräsentationsgelder in folgender Höhe vor-schlägt: der Präsident der Republik 500 000 Franks, der Ministerpräsident und der Minister des Aeußern 250 000, die übrigen Minister 100 000 und der Seinepräsident 50 000 Franks.

Die zahlreichen Nummern des Wighlattes „Bombe“ und der „Cocarde“, welche die Beschul-digungen Laguerres gegen den Minister des In-tern Conflans durch Karikaturen wiederholten, sind mit Beschlagnahme belegt worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. März. Bei der am 23. und 25. d. Mts. im Marienstifts-Gymna-sium stattgehabten Entlassungs-Prüfung er-hielten von 12 Examinanden 11 das Zeugniß der Reife, davon wurde 1 von der mündlichen Prüfung befreit.

Im Tattersalle feierte am Montag der Reitzklub sein Jahresfest durch eine großartige Reitaufführung unter Musikbegleitung. Die Tri-bünen zu beiden Seiten der Manege waren bis auf den letzten Platz von einem gewählten Pu-blikum besetzt, von dem etwa die Hälfte dem schönen Geschlechte angehörte. Die Aufführung ward prompt 8 Uhr durch ein Blumenreiten er-öffnet, in welchem zwei Reiter die Gäste begrüßten und jeder Dame einen geschmackvollen Blumen-strauß überreichten. Dann folgte das „Schul-reiten“, ausgeführt von 10 Paaren von Herren und Damen; alle Uebungen wurden mit großer Sicherheit und Gewandtheit ausgeführt und gaben Zeugniß von der vortrefflichen Reitschule, welche dies Ergebnis erzielt hatte. An dem folgenden „Hürdenreiten“ beteiligten sich drei Mitglieder des Reitervereins in der lebenswürdigsten Weise und nahmen die aufgestellten Hürden wiederholt mit größter Leichtigkeit und Bravour. Dann folgte die „Fahrtschule“, in Stettin zum ersten Male von zwei Damen ausgeführt, welche die verschiedenen Gangarten und die Formen der Volte, der Akt u. s. w. mit größter Ruhe und Eleganz durchführten. Nach der Fahrtschule tritt der Stallmeister Herr R. Krüger die hohe Schule so korrekt und mannigfaltig, wie wir es sonst nur von den besten Schulreitern im Zirkus gesehen haben. Auf die hohe Schule folgte die „Spring-fahrtschule“, wo der Reiter in schnellem Galopp die beiden Pferde der Fahrtschule wiederholt die Hürden nehmen ließ. Den Schluß der Auffüh-rung bildete endlich eine große Quadrille, geritten von sechs Damen und sechs Herren. Jeder weiß, welche Schwierigkeiten den Tänzern bereits die

Touren der Quadrille und des Kontretanzes be-reiten und wie leicht bei den gräßlichen, stets wechselnden Touren durch irgend einen unauf-merksamen Tänzer Verwirrungen und Störungen eintreten; viel schwieriger aber werden die Touren für den schneidigen Reiter, der in schnellstem Tempo und stetem Wechsel mit seinem Pferde die grande chaine, die ronds und ähnliche Touren ausführen soll. Um so mehr erregte es Bewunderung, als alle diese Touren untadelhaft ausgeführt und selbst von den Damen in schnell-stem Tempo schneidig geritten wurden. Wieder-holter stürmischer Beifall folgte diesen Leistungen. Nach der Reitaufführung blieben die Reiter und die zahlreichen Angehörigen derselben in gemüth-lichem Kreise und frohster Laune noch lange vereint beisammen.

Am nächsten Donnerstag wird Herr Dr. med. Buz im Börsensaale auf Anregung des Vorstandes des Bezirks-Vereins „Mittelstadt“ einen Vortrag über „die Entstehung der Krank-heiten“ halten. Wir machen unsere Leser auf diesen lehrreichen Vortrag hiermit noch besonders aufmerksam, da das in Rede stehende Thema na-mentlich in den Kreisen der Eltern ein lebhaftes Interesse beanspruchen dürfte. Es ist daher dankbar anzuerkennen, daß der Vorstand außer den Damen der Mitglieder auch sonstigen Gästen den Zutritt gestattet hat.

Ueber ein Begräbniß in Bredow, wel-ches am Sonntag, den 24. d., Nachmittags, statt-gefunden, geht uns von einem Teilnehmer fol-gender Bericht zu, welcher die Zustände auf dem Bredower Kirchhof in eigenartiger Beleuchtung erscheinen läßt. Unser Gewährmann schreibt: Auf dem Kirchhof angekommen, wurde der Zug von dem Todtengräber in blauer Jacke empfan-gen und wir, die Leidtragenden, von demselben, da der Hauptweg des aufgeweichten Bodens we-gen nicht zu passiren war, über die Gräber hin-weg in die Nähe der Gruft geleitet; an diese dicht heranzukommen war unmöglich und so mußten wir in einer Entfernung von einigen Me-tern von derselben Halt machen. Die Gruft selbst war auf der einen Seite eingestürzt und während die Gehäusen des Todtengräbers bemüht waren, den nachgestürzten Boden aus derselben wieder zu entfernen, mußte berathschlagt werden, auf welche Weise die Leiche bis zur Gruft hin-zuführen wäre. Es war dies für die Träger (Freunde und Bekannte des Verstorbenen) keine leichte Aufgabe. Das Grab befindet sich an einem steilen Abhänge und da von dem Haupt-wege aus zu demselben kein passirbarer Steig vorhanden, mußte man sich entschließen, in dem aufgeweichten Boden den Sarg erst den Berg herunter und von dort zurück zu dem Grabe wie-der hinauf zu schaffen. Es machte einen höchst peinlichen Eindruck, die Männer mit dem Sarge, bis über die Knöchel im Lehm, den Berg her-auf klettern zu sehen. War das Heranschaffen des Sarges zur Gruft schwierig gewesen, so wurde das Herablassen desselben in diese geradezu lebensgefährlich, auf dem Bauche liegend mußte der Todtengräber die Bretter z. f. festhalten, um dasselbe zu ermöglichen. Alles athmete erleichtert auf, als der Sarg endlich auf der Sohle der Gruft angelangt war. — Ein stilles Gebet und die Feier war beendet.

Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 26. März. — Ein Nachspiel zur Landtagswahl im Kreise Randow fand heute vor der Strafkammer seine Erledigung. Unter dem 20. Oktober v. J. ging bei der königlichen Regie-rung eine Beschwerde ein, in welcher über amt-liche Wahlbeeinflussungen in Bredow und Zülchow geklagt und um Abhülfe gebeten wurde. Es wurde behauptet, daß auf Veranlassung des Ge-meindevorstehers Lange in Zülchow die Wahl-zettel mit den Namen der seitens der Konserva-tiven aufgestellten Wahlmänner zu den Landtags-wahlen im vorigen Herbst durch den Gemein-de-dienner in den Häusern der Wähler vertheilt seien und daß ein Polizeibeamter in Bredow die Wahlzettel in Uniform ausgetragen habe. Unter-zeichnet war die Beschwerde von den Herren Dr. phil. Goslich - Zülchow, Reiter Ste-fen - Bredow, Schuhmachermeister Degner - Zülchow und Bürgermeistermeister Lange - Bredow. Herr Dr. Goslich hatte außerdem in derselben Sache an die hiesigen Zeitungen einen Artikel gesendet, welcher auch Aufnahme fand und in dem gesagt war, daß den Urwählern von den Gemeinde- resp. Polizei-Beamten in Bredow Wahlzettel zugestellt und daß diese Wahlzettel in Amtsräumen während der Dienststunden ausge-schrieben und den Beamten zur Vertheilung über-gaben seien. — Die Beschwerde wurde von dem Herrn Regierungspräsidenten dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses, Herrn Bür-germeister Knohl - Grabow, zur Untersuchung übergeben und dieser mußte die Beschwerde inso-fern als begründet anerkennen, als, wie die amt-lichen Feststellungen ergaben, durch das von dem amtlichen Bureau beobachtete Verfahren äußerlich leicht der Eindruck der amtlichen Wahlbeeinflussung hervorgerufen werden könne. Es wurde als fest-gestellt erachtet, daß die Ortsvorsteher persönlich bei diesem Verfahren nicht betheiligt waren. Das betheiligte Amtspersonal wurde veranlaßt, die vom Bureau aus erfolgte Ausstellung der Wahlmän-ner-Vorschlags-Zettel zu redressiren und ein sol-ches Verfahren für die Zukunft zu unterlassen. — Dieser Befehl war also für die Beschwerde-führer günstig, aber doch sollte ihre Freude hier-über nicht ungetrübt sein, denn es wurde gegen die Unterzeichner der Beschwerde Antrag wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers in Zülchow und

einen Polizeibeamten in Bredow gestellt und des-halb auch Anklage erhoben, ebenso war gegen die Redaktionen der „Dffice-Ztg.“, der „Neuen Stet-tiner Ztg.“ und des „General-Anzeigers“ Anklage erhoben, weil der von ihnen veröffentlichte Artikel nicht erweislich wahre Thatsachen enthalten habe, die geeignet gewesen, die Polizeibeamten zu Bre-dow in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Bei der heutigen Verhandlung bekannte sich Herr Dr. Goslich als Verfasser der Beschwerde, wie des in die Zeitungen gesandten Artikels, die übrigen Unterzeichner der Beschwerde gaben an, daß sie der Ansicht seien, die in der Beschwerde enthaltenen Thatsachen entsprächen der Wahrheit. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß im Amtsbureau zu Bredow, aber nicht während der Dienststunden und ohne Wissen des Herrn Amtsvorstehers, Wahlzettel-Blankets im Wege der Vertheilung hergestellt, wovon ein Theil durch einen Polizei Beamten nach dem Amts-bureau in Zülchow geschickt und dort — wiederum ohne Wissen des Ortsvorstehers — die Blankets durch den Bureauvorsteher Sill mit den Namen der Urwähler ausgefüllt wurden und diese Zettel dann von Sill dem Gemeindevorsteher zur Beförderung an die Wähler übergeben wur-den, wofür Letzterer allerdings besondere Bezah-lung erhielt. Weiter wurde festgestellt, daß auch im Amte zu Bredow von einem Bureaubeamten Wahlzettel vertheilt waren. Während nach dieser Beweisaufnahme der Herr Staatsanwalt die An-klage noch aufrecht hielt, plaidirten die Verthei-diger, die Herren Rechtsanwälte Delbrück und Zungmann für Freisprechung, indem sie die Wahrheit aller behaupteten Thatsachen für er-wiesen erachteten, event. für ihre Klienten den Schutz des § 193 des St.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) in Anspruch nahmen. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die in der Beschwerde angeführten Thatsachen im Ganzen der Wahrheit entsprochen hätten, wie solche durch die Beweisaufnahme festgestellt sei. Wenn in einzelnen Behauptungen zu weit gegangen sei, so stehe den Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite. Die Zeitungen hätten sich noch neu-traler gehalten als die Beschwerde und den Re-daktionen könne daher auch nicht die Absicht einer Beleidigung unterbreitet werden. Demgemäß er-kannte der Gerichtshof auf Freisprechung sämt-licher Angeklagten.

Aus den Provinzen.

Swinemünde, 26. März. Der Dampfer „Solatia“ ist geboben, vollständig leer gepumpt, und soll an den zweiten Güterschuppen legen zum Löschen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zu kleinen Preisen (Parquet 1 Mark u.). Zum 16. und letzten Male: „Die Quisows.“ Vater-ländisches Schauspiel in 4 Aufzügen.

Bermischte Nachrichten.

Im Paulinum, Pensionat des Naue'n Hauses, hat am 25. d. M. unter Vorsitz des Professor Dr. Hoge als Kom-missar der hamburgischen Oberschulbehörde die Osterprüfung zur Erlangung des Berechtigungs-scheines für den einjährig-freiwilligen Militär-dienst stattgefunden. Sämmtliche 10 zur Prü-fung angemeldeten Examinanden (5 Schüler des Progymnasiums, 5 Schüler der höhern Bürger-schule) erhielten das Zeugniß.

Paris, 23. März. Eine ganz eigen-thümliche Diebesgeschichte, wie sie in den Räu-berromanen Bonjon du Terrail's trefflich an ihrer Stelle sein würde, hat sich gestern hier ereignet. In einem Steinbruch bei Paris wurde ein ohnmächtig in seinem Blute liegender junger Mensch von 16 Jahren Namens Hugonneau mit einer Schußwunde am Hinterkopf aufgefunden, der, als er in ein Krankenhaus gebracht war und sein Bewußtsein wiedererlangt hatte, sich hartnäckig weigerte, über die Umstände seiner Verwundung Auskunft zu geben. Der Polizei gelang es aber sehr rasch, das Geschehniß mit allen Einzelheiten festzustellen. Hugonneau ge-hört einer Bande jugendlicher Uebeltäter an, die sich zahlreicher schwerer Einbrüche schuldig gemacht hatte. Er bekleidete in ihr den Rang des „Leutenants“, während die „Hauptmanns-stelle“ durch einen gewissen Debuigny versehen wurde, einem gewaltthätigen, herrschsüchtigen Menschen, der, obgleich ebenfalls nur 16 Jahre zählend, einen wahren Despotismus über seine Genossen ausübte. Nach einem bei einem Wa-fenhändler ausgeführten Diebstahl brach zwischen Leutenant und Hauptmann ein Streit aus, zu dessen Austragung Debuigny folgenden Vorschlag machte: „Einer von uns ist zu viel“, sagte er, „ich schlage Dir ein amerikanisches Duell vor, wir wollen in einen Steinbruch gehen, den ich im Quartier des Lilas kenne, und wir werden dann versuchen, uns zu tödten, so gut wie wir können.“ Hugonneau nahm an und die „Duel-lanten“ begaben sich, begleitet von der ganzen sechs Mann starken Bande, nach dem bestimmten Orte. Zwei Stunden lang manövrirten sie dort gegeneinander und feuerten, sich in den Falten des Terrains versteckend und dedend, über 20 Revolvergeschosse aufeinander ab. Schon begann es dunkel zu werden und die Zeugen glaubten bereits, daß der Kampf ergebnislos verlaufen werde, als Debuigny, dem es gelungen war, sich von hinten unbemerkt an seinen Gegner heran-zuschleichen, diesen durch einen Schuß in den Hinterkopf nieberspreckte, worauf die ganze Bande

die Flucht ergriff. Jetzt steht sie hinter Schloß und Riegel und man darf wirklich begierig sein, wie die Pariser Gerichte diesen „Ehrenhandel“ auffassen werden. Der ohnehin schon stark in Ver-ruf gekommenen Duellfucht hat es nur noch gefehlt, daß das Duell auch noch in die Sitten von Diebesgesellschaften übergeht.

Eine höchst interessante Entscheidung fällt dieser Tage das Pariser Gericht. Ein Herr Thomas nahm auf der Pariser Ringbahn einen Fahrchein nach Limours, verzeigte aber auf einer Zwischenstation wegen Verspätung des Zuges den Anschluß. Um das Endziel rechtzeitig zu er-reichen, nahm er nun einen Wagen und verklagte dann die Gesellschaft auf Zahlung der dadurch im Betrage von 30 Franks entstandenen Kosten, die ihm zugesprochen wurden. Das Gericht, schreibt die „N. Fr. Pr.“, ging dabei von der Erwägung aus, daß die Gesellschaft durch Ueber-lieferung des Fahrcheins mit dem Fahrgast ein/n Vertrag abgeschlossen habe, kraft dessen sie sich verpflichtet, ihn gegen Erlegung eines bestimmten Preises zu einer bestimmten, auf dem Fahrplan angegebenen Zeit an einen bestimmten Ort zu befördern. Wenn sie diesen Vertrag ohne Ein-tritt höherer Gewalt nicht innehalte, so sei sie dem Reisenden gegenüber zum Schadenersatz an-zuhalten. Es wäre interessant, zu wissen, wie sich unsere heimische Rechtsprechung in einem ähn-lichen Falle gestalten würde.

Bankwesen.

Münchener Vereinsbank 4 pCt. Boden-kredit - Obligationen Ser. VII.) Die nächste Ziehung findet am 1. April statt. Gegen den Kursverlust von ca. 3 pCt. bei der Ausloosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, französische Straße 13, die Ver-sicherung für eine Prämie von 8 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 26. März. Theodor Stein-weg, Theilhaber der Pianoforte-Fabrik Steinway u. Söns in Newyork, ist heute hier gestorben.

München, 26. März. Der Prinzregent hat den hiesigen Comparsen- und Domkapitular Thoma zum Bischof von Passau ernannt.

Pest, 26. März. Abgeordnetenhause. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein be-treffend die Verstaatlichung der „Ersten ungar-isch-galizischen Eisenbahn“ und der „Ungarischen Westbahn“.

Pest, 26. März. Paragraph 25 des Wehrgesetzes wurde nach vier Wochen langer Debatte angenommen. Die Sitzung endete ohne Demonstration.

Haag, 26. März. In der zweiten Kam-mer theilte der Ministerpräsident heute mit, daß der Ministerrat sich gestern in dem Beschlusse geeinigt habe, daß der König außer Stande sei, die Regierung zu führen. Dieser Beschluß sei dem Staatsrathe mitgetheilt worden und werde dessen Entschließung erwartet.

Madrid, 26. März. Die Königin ist mit den Ministern Mateo Sagasta und Marquis de Arista gestern nach San Sebastian abgereist. Die Rückkehr wird am Freitag erfolgen.

London, 25. März. Staatsminister Graf Herbert Bismarck hatte heute eine längere Unter-redung mit dem Botschafter Grafen Hapsfeldt und kehrte später wieder nach dem Landsthe Lord Rosebery's in Epsom zurück.

Belgrad, 26. März. Gutem Vernehmen nach steht in Verfolg der Beschlüsse des Minister-Kollegiums betreffend die Durchführung großer Ersparnißmaßregeln die Entlassung und Pensi-onirung einer weiteren Zahl von Beamten, die unter der letzten Regierung stark gewachsen war, bevor dieselben sollen in allen Ressorts auf das äußerste beschränkt werden. Ebenso ist die Aus-lassung einiger Gesandtschafts- bzw. Konsular-Posten in Aussicht genommen, die gelegentlich der nächsten Budgetfeststellung erfolgen soll; auch Per-sonenwechsel im diplomatischen Korps sind beab-sichtigt.

Athen, 26. März. Die Kammer hat mit 90 gegen 10 Stimmen die drei vom Ministe-rum vorgelegten, auf die königlichen Familie be-züglichen Gesetze angenommen. Das erste der-selben betrifft die Umrechnung der in Drachmen bewilligten Zivilliste in Franks, durch das zweite wird der Prinzessin Alexandra, welche sich dem-nächst mit dem Großfürsten Paul verheirathet, eine Dotation von 400 000 Franks gewährt, das dritte bezieht sich auf einen Kredit von 600 000 Franks zur Erbauung eines Palais für den Kronprinzen.

Wasserstand.

Der bei Breslau, 25. März, 11 Uhr Vormittags, Oberpegel 6,60 Meter, Unterpegel + 3,86 Meter. Fällt. Elberfeldung abgegan-gen. Elsgang vorüber. Glogau, 25. März, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 4,12 Meter. Steigt. Elsgang unverändert. Ratibor, 25. März, 8 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,80 Meter. Fällt. Oppeln, 25. März, 8 Uhr Vor-mittags, Unterpegel 3,12 Meter. Brieg, 25. März, 8 Uhr Vormittags, Oberpegel 6,10 Meter, Unterpegel 4,82 Meter. Fällt. — Steinau a. D., 25. März, 8 Uhr Vormittags, Unterpegel 4,60 Meter. Steigt langsam. — Elbe bei Dresden, 25. März, + 2,30 Meter. Magdeburg, 25. März, + 3,92 Meter. — W a r t e bei Bosen, 25. März, Mittags, 2,92 Meter.